

Immer mehr Menschen tragen ihre Angst und Empörung auf die Straße. Die Regierung reagiert mit kosmetischen Korrekturen. SPD-Chef Müntefering findet, »Hartz« klingt zu »hart«. Vielleicht versucht er es mal mit »Hartzilein« oder »Sonnenschein«. Vielleicht lässt er es aber auch einfach sein, denn Hartz IV ist nicht zu verbessern. Wenn man Hartz IV die Giftzähne zieht, bleibt nichts mehr davon übrig.

Welches sind die Giftzähne? Die Zumutbarkeit jeder Arbeit, die Aufhebung des Qualifikationsschutzes, die Absenkung der Arbeitslosenrente auf Sozialhilfeniveau, der Zwang zum Verbrauch von Rücklagen und Vermögen, die Verschlechterung der Alterssicherung, die nur noch pauschale Übernahme »angemessener« Wohnkosten, der Eingliederungsvertrag, der kein Vertrag ist, und noch einiges mehr.

Aber Hartz IV steht nicht allein. Der Zweck, den dieses Gesetz verfolgt, besteht darin, die unteren Löhne und Einkommen um 20 bis 30% zu senken – und damit das gesamte Lohngefüge. Hartz IV hilft auch Daimler und VW, die Belegschaften zu weiteren Lohnzuständigkeiten zu erpressen.

Deshalb kommt Clement jetzt mit der Forderung nach 1- oder 2-Euro-Jobs, zu denen ALG-II-Beziehende gezwungen werden sollen. Die Wohlfahrtsverbände reiben sich schon die Hände und bieten großzügig an, die Alten- und Krankenpflege auf diesen Tarif umzustellen.

Müntefering kartet nach und will einen gesetzlichen Mindestlohn einführen – zu 4 Euro die Stunde.

Das läuft alles darauf hinaus, dass in den Dienstleistungsbereichen, die keinen Profit bringen, nur noch Billigjobs angeboten werden, von denen man nicht leben kann. *Workung poor* nennt man das in den USA – arbeitende Arme.

Unser Leben ist mehr wert als ihr Profit Hartz IV muss weg!



Hartz IV bekämpft nicht Erwerbslosigkeit. Hartz IV ist eine Kampfansage an Erwerbslose, Beschäftigte und Sozialhilfebezieher. Es produziert Hunderttausende neue Arme, von denen viele Kinder sein werden. Die heranwachsende Generation ist seit lan-

gem wieder die erste in Deutschland, der es schlechter gehen wird als ihren Eltern.

Hartz IV ist die Umsetzung der langjährigen Forderung der Kapitalbesitzer, die Sozialhilfe als Armutsgrenze aufzuheben. Der Kanzler der Bosse wird deshalb sei-

nen Kurs wegen ein paar Demonstrationen nicht ändern, auch wenn Hunderttausende auf die Straße gehen.

Wir brauchen einen langen Atem und es müssen sich Belegschaften unserem Protest anschließen. Betriebliche Aktionen sind überfällig

– alle Beschäftigten werden von Hartz IV bedroht. Wir brauchen auch eine Alternative auf der politischen Ebene – die Wahlalternative kann eine Chance sein.

Die Regierung macht keine Fehler, sie ist der Fehler! Schröder muss weg!

Europaweiter Widerstand

Hartz IV steht nicht allein. Es ist ein fester Bestandteil der Agenda 2010. Zu dieser gehören auch die weitere Privatisierung von Krankheitsrisiken, die Praxisgebühr und die Zuzahlungen bei Medikamenten, die Absenkung des Rentenniveaus, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Damit nicht genug: Die Unternehmer wollen den Kündigungsschutz kippen, sie greifen die Unfallversicherung an – alle diese Risiken sollen vermehrt privat versichert werden, und das bei sinkenden Löhnen und Wegfall des sozialen Schutzes bei Erwerbslosigkeit.

Die Agenda 2010 hat ihren Namen nicht von ungefähr. Sie ist die deutsche Ausgabe der sog. Strategie von Lissabon. Im März 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon darauf verständigt, dass die EU »die dynamischste und wettbewerbsfähigste wissensbasierte Ökonomie der Welt« werden muss. Sie wetteifern mit den USA um Marktanteile und den Zugang zu Rohstoffen, um ökonomische und militärische Hegemonie.

Die EU will Großmacht werden, und das deutsche Kapital will davon den größten Gewinn einheimen. Deshalb sollen unsere Sozial-

standards auf US-Niveau gedrückt werden und unsere Löhne sollen mit denen aus dem Osten und Fernen Osten konkurrieren.

Wieder einmal greift deutsches Kapital nach der Weltmacht – diesmal im europäischen Verbund. Aus zwei Weltkriegen wissen wir, was das heißt. Soziale Entrechtung und die Niederrichtung oder Neutralisierung der Gewerkschaften gehen Hand in Hand mit militärischen Abenteuern, die in neue Katastrophen münden. Je schwächer die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften, desto frecher die Unternehmer.

Bei dem fortgeschrittenen Stadium der EU-Integration gibt es keine nationalstaatlichen Lösungen mehr. Die Antworten der extremen Rechten: Ausländerhass und neue Sehnsucht nach deutschem Größenwahn, spielt dem globalen Konkurrenzdruck in die Hände, statt ihn auszuhebeln.

Die Erpressung mit der Verlagerung von Produktionsstandorten nach Osteuropa funktioniert nur, solange es nur deutsche Belegschaften sind, die sich dagegen wehren. Ist aber der Widerstand dagegen konzernweit, gehen wir in ganz Europa gegen den Sozialabbau und für gemeinsame soziale

Standards auf die Straße, dann geht die Spaltertaktik nicht mehr auf.

Am 3. April gab es – auf Initiative des Europäischen Sozialforums – einen ersten europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau. Die Montagsdemonstrationen werden im europäischen Ausland aufmerksam registriert.

In Paris, Straßburg und Wien haben Erwerbslose sie Ende August aufgegriffen und versuchen, Anschluss daran zu finden. Wo das Kapital sich seit Jahren europaweit organisiert, können wir nicht in unserem deutschen Krähwinkel sitzen bleiben.

■ Die sozialen Bewegungen müssen europaweit handlungsfähig werden. Wir brauchen Anfang 2005 einen weiteren europäischen Aktionstag!

■ Die Gewerkschaften müssen europaweit streikfähig werden. Wir brauchen eine widerstandsorientierte Vernetzung von Belegschaften und Gewerkschaften! Das Europäische Sozialforum (ESF) und die Versammlung der sozialen Bewegungen sind der richtige Ort dafür.

■ Die Europäische Verfassung, die die neoliberale Doktrin zementiert, muss in Volksentscheiden abgelehnt werden!

Hier lügt die Regierung:

»Wir bekämpfen die Armut«

Dazu »Datenreport 2004« aus Berlin: »Seit 2002 deutet sich bundesweit eine Trendwende an.« Zuvor war der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, ein Jahrzehnt lang stabil. 2002 stieg der Anteil der Armen auf 13,1%. Als arm gilt, wer monatlich mit weniger als 600 Euro auskommen muss.

»Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit«

Im Juli 2004 erreichte die Erwerbslosigkeit mit 4,36 Millionen eine neue Rekordhöhe – 11.000 Menschen mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote lag im Osten bei 18,5%, im Westen bei 8,4%. Spitzenreiter ist Sachsen-Anhalt mit 20,7%. Zu beachten ist, dass Menschen in Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen gar nicht mehr als erwerbslos gelten.

»Wir sichern das europäische Sozialstaatsmodell«

Siehe den Abbau der gesetzlichen Leistungen bei der Rente und im Krankheitsfall.

»Wir können die Globalisierung nicht abschaffen«

Die Frage ist: Was wird globalisiert? Die Freiheit des Kapitals, zu investieren, wann, wo und unter welchen Bedingungen es will – oder die sozialen Rechte der abhängig Beschäftigten?

Die Losung des Weltsozialforums lautet: Globalisieren wir den Kampf, globalisieren wir die Hoffnung.

Das 3. Europäische Sozialforum (ESF) findet vom 14. bis 17. Oktober in London statt. Infos über: www.fse-esf.org

Über den Tag hinaus denken

Wer über den Tellerrand unserer bestehenden Gesellschaftsordnung nicht hinaus blickt, keine Vision von einer möglichen anderen, menschlicheren Gesellschaft entwickelt, wird sich auf Dauer nicht gegen die »Argumente« der herrschenden Politik wehren können. Die laufen in der Hauptsache darauf hinaus, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gibt.

Nach dem Fall der Mauer sagte man uns: »Der Kapitalismus ist das Ende der Geschichte.« Ein grausiges Ende, wie wir jetzt erfahren, das wir nicht akzeptieren können, weil es für uns und unsere Kinder keine Zukunft bereit hält.

Wir müssen wieder anfangen, über Systemalternativen nachzudenken. Denn gescheitert ist damals nicht der »Sozialismus«. Gescheitert sind undemokratische bürokratische Systeme, in denen die arbeitende Bevölkerungsmehrheit nicht das Sagen und auch keine Wahlmöglichkeiten hatte, sondern bevormundet und gegängelt wurde.

Haben wir in der parlamentarischen Demokratie mehr zu sagen? Sicher, wir dürfen alle vier Jahre ein Kreuzchen machen, aber danach

machen die hohen Herren wieder, was sie wollen. Das wirkliche Sagen hat das große Kapital, das mit Geld und Einfluss die Politik in die gewünschte Richtung lenkt.

Die Parteien überbieten sich darin, eine abgehobene Kaste von Politikern heranzuzüchten, die die großen Kapitalinteressen willfährig vollstrecken und von der Bevölkerung nicht kontrolliert werden können.

Immer mehr Menschen merken das und wenden sich ab – meistens durch Wahlenthaltung und Abkehr von politischem Engagement. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen.

Wenn sich etwas ändern soll in diesem Land, dann ist politisches bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen gefragt, ein aktives Einklagen eines anderen Modells der Demokratie, eine Demokratie, die auf der aktiven Beteiligung der Menschen an der politischen Willensbildung, ja, an den Staatsgeschäften beruht.

In einigen Gegenden Brasiliens wird es seit Jahren vorgemacht, wie es aussehen kann, wenn Menschen sich direkt an der politischen Entscheidungsfindung be-



teiligen. Dort bestimmen die Einwohner von Porto Alegre z. B. über 20% der Investitionen des Gemeindehaushalts – in Stadtteilversammlungen, die sich koordinieren und als eigenständiger Verhandlungspartner gegenüber dem Stadtrat auftreten. Dort erproben Arbeiter auch die Übernahme von Betrieben in eigene Regie, wenn Unternehmer mal wieder meinen, das Geschäft würde sich für sie nicht mehr lohnen.

Das sind erste Schritte zu einer Demokratie, die den Namen Volkssouverän verdient, weil die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar an

politischen und wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen beteiligt werden.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung wäre die Möglichkeit, Amts- und Mandatsträger jederzeit abberufen zu können; sie sollten nicht mehr als den normalen Durchschnittslohn verdienen.

So etwas fällt nicht vom Himmel. Die Eigenaktivität und Selbstorganisation von Millionen Menschen, die bislang nur als Objekte von Entscheidungen kleiner Minderheiten behandelt werden, bildet die Voraussetzung dafür.

Das muss in den Bewegungen

von heute erprobt werden – angefangen bei den Montagsdemonstrationen. Auch hier haben wir an verschiedenen Orten das Problem, dass politische Grüppchen oder selbsternannte Gurus bestimmen wollen, was die Mehrheit der Beteiligten wollen soll.

Das größte Feld für die notwendige demokratische Erneuerung unserer Bewegung aber sind die Gewerkschaften. Denn deren Führungen sind so abgehoben wie viele Politiker. Die Gewerkschaften gehören, ebenso wie Parteien, wieder in die Hände ihrer Mitglieder. ★

Raus aus der SPD – zu neuen Ufern

Mit Anstand kann man heute nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein. Die Partei, die vor 140 Jahren die Arbeit von der Lohnknechtschaft befreien wollte, betätigt sich derzeit als der wirkungsvollste Prügel, um zu frühkapitalistischen Verhältnissen zurückzukehren.

Über 100.000 Mitglieder haben die SPD im Verlauf der letzten Monate verlassen. Eine Reihe von ihnen wendet sich der werdenden neuen Linkspartei zu oder beteiligt sich an linken Kommunalwahlbündnissen. Es müssen mehr werden. Denn der scharenweise Verlust von Mitgliedern und Wählern ist die einzige Sprache, die die Parteiführung noch versteht. Die SPD hängt sich an ihrer eigenen Programmatik auf. Seit Godesberg verkündet sie, dass wir keine gesellschaftliche Alternative mehr brauchen, weil der Kapitalismus reformiert werden kann. Zu Zeiten des Wirtschaftswunders schien das richtig; in den Jahrzehnten nach dem Krieg hatte die Arbeiterbewegung all die Errungenschaften durchgesetzt, die jetzt geschleift werden.

Aber das ist längst Schnee von gestern. Der neoliberalen Offensive, die 1982 mit dem Lambsdorff-Papier und dem Sturz der Regierung Schmidt durchgesetzt wurde, hat die SPD nie etwas entgegenzusetzen können. Im Machtkampf gegen Schröder hat Lafontaine 1998 den Kürzeren gezogen. Seither hat niemand brutaler die sozialen Rechte angegriffen als die SPD.

Lafontaine hat in Leipzig gesprochen. Das tut der Regierung weh, deshalb finden wir das gut. Aber Lafontaine (und das gilt auch für andere, die in der SPD bleiben) darf nicht länger auf die Rückversicherung schießen, die ihm die SPD vielleicht noch bieten kann. Er muss endlich der SPD den Rücken kehren und sich am Aufbau einer neuen Kraft der Linken beteiligen. Das würde vielen Unzufriedenen in diesem Land einen Weg nach vorn weisen. Den gibt es nur noch als politische Alternative, die mit dem Kapitalismus brechen will.

HP Fischer, 37 Jahre, aus Köln

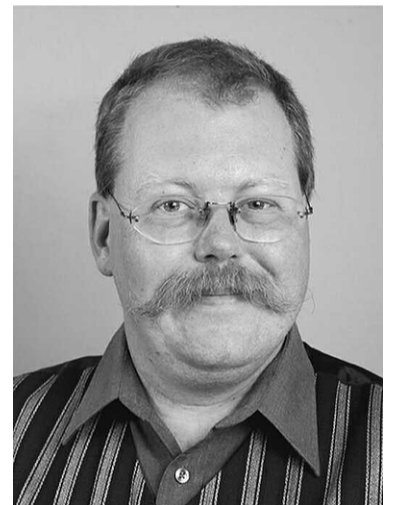
Mein Name ist Fischer, HP Fischer. Ich bin 37 Jahre alt, verheiratet mit einer Frau und 2 Kindern; bis dahin waren wir drei Sozialhilfeempfänger.

Ich habe mich in der Kölner TV- und Filmbranche zum Lagerdisponenten, also einem leitenden Angestellten, hochgearbeitet. Dann ging's der Firma angeblich wirtschaftlich schlecht und ich wurde entlassen, kein Kündigungsschutz, nur 2,5 feste Mitarbeiter und 3 Geschäftsführer.

Als ich erwerbslos wurde, sagte man mir auf dem Amt, dass ich ein ungelernter Hilfsarbeiter sei, ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Also Feststellungsmaßnahme, Intelligenztest, Psychountersuchung beim Arbeitsamt, schließlich Umschulung zum staatlich geprüften Informatiker (Note 1,7). Jetzt war ich hochqualifiziert und schon wieder ohne Chance.

Heute bin ich Erwerbsloser 2. Klasse. Für uns (zukünftige ALG-II-Empfänger) hat die Agentur für Arbeit extra einen 2. Eingang geschaffen, dieser führt in ein ödes Treppenhaus und in die 2. Etage. Abgeschottet von den anderen Erwerbslosen. Nicht mal der Aufzug hinter dem Haupteingang hält in der 2. Etage. Dort wird mein ALG-II-Antrag entgegen genommen, von einer Vivento-Mitarbeiterin. Sie ist im Prinzip genauso arm dran wie ich und froh, endlich wieder eine Aufgabe zu haben. Denn in der Telekom-Auffanggesellschaft fühlt man sich »wie wenn tot«.

Die Bearbeiterin schreibt das Kürzel »EHP« hinter meinen Namen. »Was heißt das?«, frage ich vorsichtig. »Erwerbsfähige Hilfsbedürftige Person«, erläutert mir die Frau. Ich mit meinen zwei Zentnern voller Kraft bin also hilfsbedürftig. Das kannte ich vorher nur aus dem Altenheim, wo mein Opa war. Ich tue ihr leid, so was spürt man, besonders als ich ihr erkläre, dass ALG II für mich 400 Euro weniger Einkommen bedeutet. Da hilft es auch nicht mehr, wenn Schmalhans Küchenmeister wird. Ein Teil kann ich demnächst ja dazu verdienen, wenn ich in Opas Heim Fußböden schrubbe. Ich bin mir nicht sicher, was ich empfinde, Angst, Wut oder Ohnmacht. Naja, weiter bewerben und montags zur Demo gehen.



Das will die SPD auf keinen Fall:

- Konfrontation, militärische Abenteuer und ungebremste Aufrüstung.
- Soziale Demontage. Angstpropaganda auf Kosten der Rentner.
- Arbeitslosigkeit – gewollt oder hingenommen. Mit Tricks gegen Arbeitnehmerrechte.
- Angstmacherei auf Kosten der Sparer.
- Versorgungskrisen durch militärische Einsätze. Energiepolitik einfach von oben diktiert.
- Kohle vernachlässigen und Kernenergie um jeden Preis.
- Die Umwelt allein dem Markt überlassen. Lebenswerte Umwelt nur für Privilegierte.
- Den sozialen Wohnungsbau abschaffen. Abbau des Mieterschutzes.
- Unbezahlbare Versprechungen.
- Erdrückte Freiheit durch Terrorismus und Angststaat.
- F. J. Strauß.

SPD

Nur Ihre Zweitstimme ist Ihre direkte Stimme für Helmut Schmidt.

Der »Sachzwang« heißt: KAPITALISMUS

Die Medien äußern hier und da Verständnis, dass Betroffene gegen Hartz IV demonstrieren. Wie gleichgeschaltet wirken aber dann die bedauernden Kommentare: Es geht leider nicht anders, das Sozialsystem ist heute nicht mehr tragbar, es »muss« umgebaut werden. Was für ein »Sachzwang« zwingt denn dazu, den Armen immer mehr zu nehmen und den Reichen immer mehr zu geben?

Der »Sachzwang« heißt »Kapitalismus«, in dem eine verschwindende Minderheit die großen Produktionsmittel, Banken und Versicherungskonzerne besitzt, während die große Mehrheit nur über ihr Arbeitsvermögen verfügt und gezwungen ist, dieses zu verkaufen.

Das kapitalistische System ist in einer strukturellen Krise. Auch wenn große Profite gescheffelt werden: Der kapitalistischen Klasse ist die Profitrate, das Verhältnis des eingesetzten Kapitals zum Gewinn zu gering. Sie zu steigern, darum dreht sich ihr ganzes Denken. Die Shareholders, die Aktionäre, müssen vor allem zufrieden gestellt werden. Der Chef der Deutschen Bahn, Helmut Mehdorn, z. B. sagt das ganz offen: »Die Bahn ist nicht ihren Kunden, sondern ihren Anteilseignern verpflichtet.« Deshalb gibt es soviel Flucht in Spekulationsgeschäfte. Deshalb funktioniert dieses System nur noch auf einem Meer von Schulden, die niemals zurückgezahlt werden können. Deshalb wird auch ein Konjunkturaufschwung die Massenerwerbslosigkeit nicht beseitigen. Deshalb »muss« die Ausbeutung mit allen Mitteln verschärft werden, deshalb »muss« die Zeit, in der die Beschäftigten für die Kapitalisten ohne Entgelt arbeiten, verlängert werden, deshalb »müssen« die Unternehmer von Steuern befreit und die Erwerbslosen arm gemacht werden. Deshalb »muss« der Staat sich aus der Finanzierung öffentlicher Leistungen zurückziehen, die Daseinsvorsorge privatisieren und jene, die die Mittel dafür nicht aufbringen können, schutzlos ihrem Schicksal überlassen.

Wenn Schröder sagt: Es gibt keine Alternative, dann meint er: Wir leben halt im Kapitalismus. Und die SPD respektiert dessen Gesetze. Davon ist die Konkurrenz das wichtigste: Jeder der großen Konzerne will auf dem Weltmarkt Nr. 1 sein. Dafür sollen wir uns gegenseitig niederknurren: Deutsche gegen Polen, Polen gegen Ukrainer, Ukrainer gegen Rumänen, Rumänen gegen Chinesen. Angeblich winkt uns dann Wachstum und Wohlstand. Aber auf dem Weg dorthin werden wir im Namen des Standorts Deutschland arm gemacht.

Unser wichtigstes Gegengift ist die Solidarität: Aus der gemeinsamen Gegenwehr von unten, über die Grenzen aller Vorurteile und Länder hinweg, aus unserer Eigenaktivität und Selbstorganisation, entstehen neue Kräfteverhältnisse und die Keime einer anderen Gesellschaft, in der es nicht mehr um Profit, sondern um menschliche Bedürfnisse und Selbstentfaltung geht.

Fünf Finger sind eine Faust



Hohe Steuern auf hohe Einkommen

1000 Euro Grundsicherung

1850 Euro Mindestlohn

30 Wochenstunden europaweit

Soziale Standards nach oben
angleichen

Nächste Montagsdemo:

Plakat für die Montagsdemonstrationen

- 1000 Euro entspricht den Berechnungen der BAG Sozialhilfeinitiativen über den Bedarf an der Armutsgrenze (750 Euro plus Warmmiete) und auch der Formel der Rentnerorganisation des Europäischen Gewerkschaftsbunds: 50% des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf
- 1850 Euro entspricht der Empfehlung der Europäischen Sozialcharta (zwei Drittel des Durchschnittslohns)

Wo unser Geld bleibt

Jahr für Jahr steigt der gesellschaftliche Reichtum – ausgedrückt als Summe von Waren und Dienstleistungen (Bruttosozialprodukt). Er wird von den abhängig Beschäftigten produziert, aber sie bekommen einen immer geringeren Anteil davon. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist in den 90er Jahren um über 3% gesunken.

Der Raubzug

Die Hartz-IV-Gesetze sind ein weiterer, sehr einschneidender Schritt, die Umverteilung von unten nach oben voranzutreiben. 4,6 Milliarden Euro sollen dadurch ab dem 1. Januar 2005 an Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und Sozialhilfebeziehenden gespart werden. 4 Milliarden Euro werden ebenfalls von diesem Tag an in die Taschen der Vermögenden wandern, weil der Spitzensteuersatz von 45% auf 42% gesenkt wird. Ein Einkommensmillionär – davon gibt es 756 000! – spart allein dadurch pro Jahr 67 000 Euro Steuern. Das hat ein Beschäftigter mit durchschnittlichem Verdienst nicht einmal als Jahreseinkommen, von Erwerbslosen ganz zu schweigen.

Der Geldadel

Die Einkommensmillionäre verfügen über fast 70% des gesamten Geldvermögens in diesem Land – 2500 Milliarden Euro. Daneben gibt es noch 78 (2002) Einkommensmilliardäre. Sie allein besitzen 225 Milliarden Euro – das ist soviel wie der gesamte Bundeshaushalt in diesem Jahr. Ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank verdient im Jahr über 11 Millionen Euro, einer bei Daimler über 6 Millionen Euro.

Der Lohnsteuerstaat

Aber die Reichen sind nicht die, die hierzulande die

Steuern zahlen. Der öffentliche Wohlstand: die Sozialsysteme, die Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen für Sport, Kultur und vieles andere werden aus den Taschen der Lohnabhängigen bezahlt. Die Lohnsteuer trug 2002 fast 37% zum gesamten Steueraufkommen bei, die Einkommen- und Körperschaftsteuer nur knapp 5%, die Gewinn- und Vermögensteuer 15%.

Die Gewinnsteuer

1980 war die Steuer auf Kapitalgewinne doppelt so hoch wie heute. Kehrt man zu diesem Stand zurück, bringt das 59 Milliarden Euro.

Die Erbschaftsteuer

Zwischen 2000 und 2010 werden jährlich 425 Milliarden Euro vererbt. Besteuert man Erbschaften über einer Million mit 25%, bringt das 10 Milliarden Euro.

Die Vermögensteuer

1% Vermögensteuer bringt über 25 Milliarden Euro. Und was ist das für ein Steuersatz, wo der Eingangsteuersatz für Einkommen ab nächstes Jahr 15% beträgt?

Die Spekulationssteuer

Der Nobelpreisträger James Tobin hat den Vorschlag gemacht, Spekulationsgewinne, also Gewinne auf kurzfristige Kapitalgewinne, hoch zu besteuern. Attac errechnet mögliche Einnahmen von 17 Milliarden Euro.

Die Steuerehrlichkeit

Der Chef der Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, mahnte schon vor acht Jahren: »7000 neue Betriebsprüfer brächten 15,4 Milliarden Euro Einnahmen.«

isl
internationale sozialistische linke

Was wir wollen

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Wie können wir Erfolg haben?

Helmut Born, Mitglied der Koordination im NRW-Netzwerk gegen Sozialkahlschlag



Helmut Born

Die wütenden Proteste gegen Hartz IV erinnern an Massendemonstrationen aus der Weimarer Zeit. Was können wir tun, dass wir diesmal Erfolg haben?

Zunächst müssen wir festhalten dass wir kleine Erfolge bei Hartz IV errungen haben. In der Frage des Auszahlungsdatums und bei den Freibeträgen für Kinder musste Clement Zugeständnisse machen. Außerdem ist die große Koalition der Sozialräuber in erhebliche Schwierigkeiten gekommen.

Es muss uns in diesem Herbst gelingen, den politischen Preis für die Herrschenden aus Kapital und Politik so hoch zu treiben, dass Hartz IV nicht mehr zu halten ist. Dazu müssen Widerstandsformen eine höhere Qualität bekommen.

Professor Grottian aus Berlin hat vorgeschlagen im Dezember mit Bürgerstreiks ganze Städte lahm zu legen. Ich denke in diese Richtung müssen die Aktivitäten gehen. Nach den Landtags- und Kommu-

nalwahlen, die im September stattfinden, werden wir eine neue politische Situation haben, auf die wir schnell neue Antworten finden müssen.

■ Ein Handicap ist, dass viele der Betroffenen von der Gewerkschaft schon nicht mehr erreicht werden. Die meisten von ihnen müssen sehen, wie sie allein klar kommen, und sind damit überfordert. Wie kann die Vereinzelung aufgehoben werden?

Die Gewerkschaften sind nicht mehr in der Lage, die Betroffenen zu erreichen. Das hat verschiedene Ursachen. Aber vor allem liegt es daran, dass die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sich hauptsächlich um die Belange der immer stärker schrumpfenden Stammbeschaften kümmern. Da spielen Erwerbslose oder prekär Beschäftigte nur am Rande eine Rolle. Deswegen ist es wichtig, neue Organisationsformen zu finden.

Ich trete für breite Aktionsbündnisse ein, bis hinunter in die Stadtteile, damit die Leute ein Forum haben, in dem sie sich austauschen können. Die Fixiertheit auf Gewerkschaften oder andere Institutionen ist da nur hinderlich.

■ Was sagst du zur Haltung der Gewerkschaften in Bezug auf Hartz IV?

Die Haltung der Gewerkschaftsführung ist, freundlich ausgedrückt, eine einzige Enttäuschung. Auch wenn natürlich auch in diesen Kreisen nicht alle über einen Kamm geschoren werden dürfen. Am Ende setzen sich immer die Teile durch, die am stärksten auf Klassenversöhnung setzen. Konkret in der Auseinandersetzung zu Hartz IV hat der DGB erklärt, dass er dieses Projekt mitträgt und sich bundesweit nicht an den Demonstrationen dagegen beteiligen wird.

Andererseits gibt es Landesbezirke wie z. B. der DGB in Thüringen und Sachsen, die die Mobilisierungen tragen. Auch Ver.di NRW hat sich dazu durchgerungen, die Mitglieder zur Beteiligung aufzurufen. Ich begrüße das, weil es unseren Protest stärkt. Es ist nicht richtig, in dieser Beteiligung nur einen Vereinnahmungsversuch zu sehen. Dahinter stehen Kolleginnen und Kollegen, die ebenso viel Wut im Bauch haben wie die Montagsdemonstranten.

Aber die Situation ist sehr un-

friedigend und für Gewerkschaftsaktivisten nur sehr schwer zu handhaben. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Aktiven aus den Gewerkschaften mit den Bündnissen der Bewegung vor Ort zusammen kommen. Nur so kann derzeit die Bewegung weiter wachsen und Einfluss auch auf die Politik der Gewerkschaftsführung nehmen.

■ Wenn sich die Montagsdemos nicht totlaufen sollen, müssen wir im Herbst eine Schippe zulegen. Was kann das sein?

Eine ganze Reihe von Aktivitäten sind schon beschlossen oder in der Diskussion. Ich möchte hier die Demonstrationen am 18.9. in Frankfurt und Düsseldorf und vor allem die bundesweite Demonstration am 6.11. in Nürnberg zur Bundesagentur für Arbeit nennen. In der Diskussion ist auch eine bundesweite Demonstration Anfang Oktober in Berlin.

Wichtig ist, dass die Bewegung sich nicht spaltet. Wir brauchen die breitestmögliche Einheit und müssen alles dafür tun, dass mehr gesellschaftliche Kräfte mit ins Boot kommen. Die Gewerkschaften müssen wir in diesem Sinne bedrängen, aber auch Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Intellektuelle müssen sich gegen Hartz IV zu Wort melden, wir müssen ein anderes politisches Klima in der Bundesrepublik schaffen.

In der Öffentlichkeit muss sich der Gedanke durchsetzen, dass die neoliberale Politik gescheitert ist – in Deutschland, EU-weit, sogar die WTO kommt damit nicht weiter. Es muss endlich eine Debatte über Alternativen beginnen – dazu sind die Montagsdemos und der regelmäßige Druck auf der Straße wichtig.

Der Gegner ist sehr mächtig. Hinter Hartz IV haben sich Kapital, Politik und Medien versammelt. Die Unternehmerverbände rufen die CDU zur Raison, sie soll ihre Stänkereien lassen und den Kanzler stützen. Wir werden nicht in wenigen Monaten ein Kräfteverhältnis umdrehen können, das sich seit 20 Jahren kontinuierlich zu unseren Ungunsten verschlechtert.

Um diesen Kampf zu gewinnen, brauchen wir einen langen Atem und eine gesellschaftliche Alternative auf antikapitalistischer Grundlage. Das neoliberale Modell ist nicht durch kleine Korrekturen zu beseitigen. ★



Leipzig (BRD), 23.8.2004

Wolfgang Clement hat die Teilnehmenden an den Montagsdemonstrationen beschimpft: 1989 sei es um den Kampf gegen die böse SED-Diktatur gegangen, und wenn man heute darauf anspielt, um gegen die gute SPDgeführte Regierung und deren bislang brutalste Konterreform Hartz IV zu demonstrieren, dann sei das verwerflich. Herr Clement weiß gar nicht, wie weit die Parallelen von damals und heute tatsächlich gehen. So wie er hat Honecker und Co. die Bodenhaftung verloren. So wie ihm lag es den Politbürokraten näher, das Volk abzuwählen, als die eigene Politik zur Wahl zu stellen. Die Montagsdemos damals waren ein Aufbegehren gegen die Gängelung von oben und drückten die Sehnsucht nach einem lebenswerten, selbstbestimmten Leben aus. Später kippten sie um in den Ruf nach der D-Mark – in der Hoffnung auf einen sozialen Kapitalismus. Jetzt haben die Herren des (nunmehr) Euro politische Rücksichtnahme nicht mehr nötig und kehren die alte Diktatur des Kapitals heraus. Eine neue Rebellion braucht das Land – damit die alten Hoffnungen in Erfüllung gehen.



Berlin (DDR), 4.11.1989

6.11., NÜRNBERG Großdemonstration gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV

- 12 Uhr: Auftaktkundgebung Lorenzkirche
- 13 Uhr: Demonstration zur »Bundesagentur für Arbeit«
- Abschlusskonzert
- Veranstalter: Sozialforum Nürnberg

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Berlin isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de Duisburg isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de Düsseldorf isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de

Frankfurt am Main isl-frankfurtm@die-welt-ist-keine-ware.de

Hamburg isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de

Karlsruhe isl-karlsruhe@die-welt-ist-keine-ware.de Köln isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de

München isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de

Ruhrgebiet isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de

Andere Orte isl@die-welt-ist-keine-ware.de



IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken/IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@die-welt-ist-keine-ware.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-plus.de